

Deutscher Verkehrsbund

Organ für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 4

Erscheint alle 14 Tage.
Dazuerspreis monatlich 50 Goldpfennige.
Einzelnnummer 30 Goldpfennige.

Berlin, den 23. Februar 1924

Redaktion u. Expedition: Berlin SW 68, Engelauer Nr. 31.
Fernsprech-Anschluß: Amt Moritzplatz, Nr. 950 u. 11864.
Redaktions-Schluss 8 Tage vor Erscheinen des Blattes.

2. Jahrg.

Sind die Gewerkschaftsangeestellten eure Götzen? Seid ihr Feilschanbeter?

In Zeiten rückläufiger wirtschaftlicher Bewegung hat das zahlenmäßige Wachstum der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen noch stets gestaut. Selbst starke Rückgänge haben die Arbeiterorganisationen anderer Berufsgruppen, die vom wirtschaftlichen Niedergang stärker als andere getroffen wurden, zu beklagen gehabt. Hand in Hand mit der Minderung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse ging eine Verschlechterung der Lebenslage der Proletarier. Aber immer wieder gelang es den Gewerkschaften die Scharte auszuweihen und die Verbände, die das profitiertere Vampfangewinn der Arbeiter ins Auge zu heilen. Diese Vergangenheit ist uns ein Sotiegel. Auch heute leiden die Organisationen und ihre Mitglieder unter dem brutal gesteigerten Klassenkampf, den die Stinnesgewalt, Klein und groß, gegen sie führen. Und wie immer werden auch diesmal die Gewerkschaften, werden auch morgen aber übermorgen die geknechteten und mißhandelten Arbeiter, Angestellten und Beamten mit den Blutaugern abrechnen. Schon dürfen wir mit stolzer Genugtuung sagen, daß es eine falsche Rechnung der Unternehmer war, wenn sie glaubten, die Gewerkschaften niederzertreten zu können. Der kapitalistische tödliche Wütenwind hat die Spreu davongewirbelt, aber siehe da: Der Kern der Gewerkschaften hat sich größer und härter erwiesen als selbst Optimisten in rosigster Laune zu hoffen wagten. Die Unternehmer haben den Fehlschlag ihrer Kalkulation bereits erkannt und wenn auch die in jetzt schwimmenden Unentwägten, die „es sich leisten können“ ihren Vernichtungswillen noch keineswegs aufgegeben haben, so ist doch in letzter Zeit der Unternehmergeist, dem aus einem „Vergleich“ mehr Vorteil blüht als aus einem „setzen“ Vorzug, bedeutend angewachsen. Das ist ein Erfolg des organisierten Widerstandes. Immerhin steht für die Arbeitenden und ihre Organisationen noch alles auf des Meßers Schneide, da ein einziger gegläuteter großer Schlag gegen die Gewerkschaften unsere Todsünde wären, unsere eigene Stegenweissung erläutern muß. Die Folgen könnten für uns geradezu katastrophal sein. Deshalb heißt es heute für unsere Kerntruppen, einmütig und geschlossen denn je den Brutalläten des Kapitalismus die Stirne zu bieten. Unser Feind ist nicht nur stark, sondern auch sehr klug und was in diesem Fall mehr sagt: er ist unmoralisch und schlaue. Er kämpft nicht nur mit seinen Truppen, er kauft sich seine besten Hilfsträfte im Lager der Leute, die er vernichten will. Wir gehen an den Leuten vorüber, die dem Götzen Kapitalismus als Intendant, Soudici etc. Weidrausch streuen. In 99 von 100 Fällen „nichts Besseres“ als Proletarier, verpöhlen sie ihr besseres Ich gegen unbedeutsame Gemütsabmachungen und glauben sich dagegen geschützt, wenn sie äußerlich „hochherrschaftlich“ tun, wobei sie nicht einmal merken, daß sie in vielen Fällen moralisch unter das Proletariat sinken wie sie sich äußerlich über ihm erheben haben. Moral insanity. Schwerer wiegen die Hilfstruppen, die sich der Kapitalist durch Geldunterstützung an „neutrale Gewerkschaften“ wirbt. Solange diese traurigen Fallstricke mit offenem Hintern kämpfen, ist ihnen zu begegnen. Gefährlicher wird es, wenn die Steifenen aber in den freien Gewerkschaften bleiben und bemüht (in den meisten Fällen allerdings unbewußt) das Spiel der Unternehmer treiben. Der Kapitalismus hat nur einen Feind, das ist die Geschlossenheit und Einigkeit der Kampftruppen und kampfsüchtigen Gewerkschaften. Je mehr es ihm gelingt, diese Millionen Streiter durcheinanderzubringen, je zu verwerren, je gegen einander zu hegen, desto sicherer ist sein Sieg, desto sicherer die vernichtende Niederlage der einzigen Macht, die er fürchtet, die seinem ausschweifenden Egoismus entgegengetreten kann, desto sicherer ist die Kampfsunfähigkeit der Gewerkschaften. Daß in Millionen-gemeinschaften nicht alle Meinungen in ein Ja ausmünden ist nicht nur bezauberlich, sondern sogar erfreulich. Diese Uniformität der Meinungen haben wir nie gefordert. Die millionenfache Symphonie der Meinungen wäre Summ, wäre gestöhnt. Aber vor der Einigkeit der Massen in Kampf und Kampf hat jede Rechtsherei zu schweigen. Wer selbst auf Kosten der Einigkeit eine Meinung zum Durchbruch bringen will, ist ein Arbeiterverräter, denn er arbeitet, ganz gleich ob bewußt oder unbewußt, für den Kapitalist, gegen die Gewerkschaft. Leider können wir den Zeitpunkt, uns mit diesen Verbandmitgliedern auseinanderzusetzen, nicht länger aufschieben. Uns wäre wohlster uns Herz, könnten wir wie bisher unsere ganze Aufmerksamkeit den Anschlägen der politischen und wirtschaftlichen Reaktion widmen. Aber eben weil wir dies tun, sind uns die Säuber im eigenen Lager unter die Finger gekommen und da bleibt uns nichts anderes übrig als reinen Tisch zu machen, denn der Feind außerhalb unserer Reihen ist nur halb so schlimm als ein zweideutiger Mitkämpfer.

Daß die Kommunisten über die Gewerkschaften ihre eigenen Theorien haben, ist bekannt. In den berichtigten 21 Punkten wird zwar die Einheit der Gewerkschaftsbewegung als notwendig anerkannt, aber den Kommunisten wird die Propagierung ihrer schneller als die Weisermode wechselnden Überzeugung zur Pflicht

gemacht, selbst auf die Gefahr hin, daß sich schließlich die Spaltung der Gewerkschaften nicht vermeiden läßt. In seinem Brief an die K. A. P. D. sagte Sinowjew kurz und trocken, in einigen Gewerkschaften werden wir die Mehrheit gewinnen, (also Spaltung) andere werden wir spalten müssen. Als dann der Aufstand der Kronstädter Matrosen, „bewährt in hundert Schlachten“, den Schleier des kommunistischen Hochnutts, daß die Kommunisten, die „revolutionäre Vorhut“ seien, brutal zerriß, wurde die Parole der „Einheitsfront“ geboren. Unserer Partei fehlt der Sauerstoff, sagte Sinowjew, und die Gewerkschaften waren ihm gerade gut genug, der kommunistischen Partei als Sauerstoffbehälter zu dienen. Zahlreiche kommunistische Begehungen, die hier anzuführen der beschränkte Raum unserer Zeitung verbietet, warteten darauf, unter „Einheitsfront“ eine organisatorische Einheit zu verheißen. Es seien Parolen auszugeben, Aktionen einzuleiten, Forderungen aufzustellen, die die Gewerkschaftsbünde vor unlösliche Aufgaben stellten. Wenn dann die „Aktionen“ keinen Erfolg hätten, seien die Bünde als Kapitalknechte und Arbeiterverräter anzuprangern. Da haben wir den Anfang des Fadens des kommunistischen Gedankenabdrucks. Die Bünde, die haben an allem Schuld. Man braucht sich nur der brutalen Schimpfereien des Kaffeekausrevolutionärs Sinowjew gegen die Bünde zu erinnern, um zu verstehen, daß sie einzig den Zweck haben, die Massen von den Führern zu trennen. Nach kommunistischer Terminologie sind eben die Führer der deutschen Arbeiter an allem Schuld. Daß der Krieg ausbrach, daß er beendet wurde, daß der Friede kam, daß er nicht früher herbeigeführt wurde, daß die Revolution nicht besser ausgenutzt wurde, daß diese Revolution gar keine Revolution war, daß sie den Wirtschaftszusammenbruch nicht verhinderte, daß sie ihn nicht nach russischem Beispiel herbeiführte, daß sie Deutschland an der Ruhr gegen Frankreich verteidigte, daß sie diese Verteidigung aufgaben und Frankreich nicht mit Krieg überzog, daß die Koalitionsregierung kam, daß sie aufgegeben wurde (Wörter) — das alles, behaupten die Kommunisten (in schönster Einheitsfront mit den Reaktionsären jeder Prägung), das alles und noch vieles mehr ist die Schuld der Bünde.

Demnach scheint den Maulwurfsaugen der Kommunisten der Gewerkschaftsbünde so eine Art Herrgott zu sein. Jeder ist er aber ein geringer Mensch von Fleisch und Bein, der sich vom Durchschnitt der Mitglieder nur durch größere Kenntnis und Talents unterschiedet und von den Kommunisten auch noch dadurch, daß er Verantwortungsgelbst hat und sich nicht. Der Gewerkschaftsführer bemüht sich, wirtschaftliche Realitäten, die jeweilige wirtschaftliche Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit zu begreifen, er muß es den heimlichen Helfern des Kapitals, den Kommunisten, überlassen, mit dem Kopf gegen die harten wirtschaftlichen Tatsachen zu stürmen. Er wird sich aber nie heimlich und feige wie die kommunistischen Führer drücken, wenn er einen solchen Sturm für notwendig hält, sondern sich an die Spitze der Gefährten stellt. Das ist der Unterschied: Die Kommunisten haben keine Führer, sondern nur Leiter, die in sicherer Hut wie Lubendorn und Poch auf den Knopf drücken und die Arbeiter verbluten lassen. Der vom Vertrauen seiner Verbandsoberlegen an die Spitze gestellte Gewerkschaftsführer wird dagegen den Arbeitern seinen Weg empfehlen, der er nicht gewillt ist, selbst zu gehen. Dabei wird er je den Weg gehen, der das Proletariat vorwärts bringt oder aus einer gefährlichen Lage herausbringt, steht in ihm nicht der Führer, sondern ein Götze, und er wird diesen Götzen, wenn er nicht will, wenn dieser nicht nach seinem Wunsch Umständliches möglich macht — wie der Wille seinen Fetisch zerbricht, der nicht seinen Willen folgend nach Reichen Neuen, Wind oder Sonnenschein schickt. Der Kommunist macht sich zum Führer seines Führers wie der Wilde zum Schöpfer seines Götzen. Aber der wirkliche Gewerkschaftsführer dankt für solche göttlichen Ehren, er will kein Götze sein und kein Führer, der zu lassen und zu tun hat was der Unverstand will. Der Gewerkschaftsführer, der nicht, wenn es not tut, seine größere Einsicht gegen das Gefühl der Masse einsetzt, der ist ein Fetisch, aber kein wirklicher Führer. Der Führer, sagte Bebel, der nicht im gegebenen Moment Nein zu sagen wagt, wenn er weiß, daß das Ja der Mitglieder diese und die Bewegung in Gefahr bringt, ist nicht an seinem Platz. Und weil die kommunistische Aktion zur „Retten der Gewerkschaften“ diese zur Ohnmacht führen muß, weil diese neueste Aktion nur der Rettung der kommunistischen Partei dienen soll, deshalb leben wir den Parolenhändlern ein ehernes Nein entgegen. Selten ist der Wan der Kommunisten so zynisch enthüllt worden, wie auf dem Kongress der mitteldeutschen Ortsauschüsse. Dort sagte der kommunistische Referent: was uns von den Gewerkschaften trennt, ist, daß diese die Lage der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft bessern, während wir Kommunisten diese kapitalistische Wirtschaft zerstören wollen. Demnach sind wir „Arbeiterverräter“, weil wir gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen kämpfen. Die Kommunisten wollen keine Besserung, denn je elender es uns geht, desto eher kommt der kapitalistische Zusammenbruch. Und wenn Summerrantende Proletarier auf dem Altar der kommunistischen Parolen

geopfert sind und wenn der Kapitalismus in Deutschland zusammengebrochen ist, dann machen wir es wie die Russen und bauen einen neuen Kapitalismus auf. Die Russen haben ihren Fehler erkannt und suchen sich mit den Verhältnissen zu entschuldigen. Daß diese „Verhältnisse“, nämlich der kapitalistische Widerstand in Deutschland, viel härter sind, unsere Leiden dann auch viel größer sein würden, hindert die K. A. P. D. nicht, die bankrotte Politik, die uns durch ein „Meer von Qualen“ jagen wird, weiter zu betreiben. Wir aber wollen für unsere Mitglieder möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen schon unter dem Kapitalismus. Deshalb wehren wir uns gegen die „Rettenparolen“ der Kommunisten, die zur Zerstörung der Gewerkschaften führen müssen.

Wir könnten noch eine Reihe Belege bringen, daß die Kommunisten tatsächlich drauf und dran sind, die deutschen Gewerkschaften zu sprengen und sie im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus — drei Bezeichnungen für dieselbe läche Sache — ebenbürtig zu machen wie es ihnen bei den französischen Gewerkschaften gelungen ist. Wir behelben uns für heute. Wer seine Verbesserung seiner Lebenslage braucht, der laufe dem kommunistischen Gewerkschaftsideal nach, wer aber unter allen Umständen von der Sklaverei der heutigen Not frei will, der entscheidet sich für die Gewerkschaftspolitik des Deutschen Verkehrsbundes.

Die neue Firma „Deutsche Reichspost“.

Im Tempo aller politischen „Reformen“ der letzten Monate ist nunmehr auch die Entscheidung über die zukünftige Gestalt der Reichspost herangewachsen. Am 11. Februar 1924 haben dem über Ausschuss des Reichstages die beiden Finanzgesetze über Reichspost und Reichsbahn vorgelegen, wie sie Reichstabinet und Reichsrat kurz zuvor verabschiedet hatten. Die Umgestaltung der beiden Betriebe erfolgt, wie aus einem Vergleich der beiden Entwürfe hervorgeht, in verschiedener Form. Im Gegensatz zum Vorgehen bei der Reichsbahn wird bei der Reichspost eine endgültige Regelung ihres Vermögens zur allgemeinen Finanzverwaltung angeordnet. Die Gründe dafür sind bekannt; während der Jahre der Inflation nur durch Zuschüsse aus der Notenpresse, aufrecht erhalten, steht seit dem 15. November 1923, dem Tage der Stilllegung der Notenpresse, die Reichspost auf eigenen Füßen. Was jetzt geschieht, sollte eigentlich nur der Versuch sein, dieser neuen Lastlage die entsprechende juristische Form zu geben. Tatsächlich geht das Gesetz weit darüber hinaus. Der Reichspost- und Telegraphenbetrieb wird künftig als Sondervermögen des Reiches, genannt „Deutsche Reichspost“ gehalten und unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates verwaltet werden. Der § 1 lautet:

Der Reichspost- und Telegraphenbetrieb ist als ein selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung: „Deutsche Reichspost“ dem Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichspostgesetzes zu betreiben. Die öffentlichen wie privaten Rechte und Verbindlichkeiten der Reichspost- und Telegraphenbetriebe sind dem Reich zu übertragen. Die Bestimmungen internationaler Verträge bleiben unberührt.

Die Verabschiedung, die hiernach die Reichspost erfährt, ist nicht von solcher Nebenbedeutung, wie es allgemein hingestellt wird. Es ist eine einschneidende Neuerung, daß dem Reichspostminister, der dem Reichstag zwar für den Betrieb „verantwortlich“ bleibt, ein Verwaltungsrat zur Seite gestellt wird, dem in allen wichtigen Fragen entscheidende Kompetenzen zugewiesen sind. Laut § 6 beschließt er nicht nur den Haushalt, sondern vor allem über die grundsätzlichen Fragen des Postwesens (auch über die Gestaltung der Besoldung und Löhne) und entscheidet über die Regelung des gesamten Tarifwesens im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr (was früher teils der Reichstag, teils die Reichsregierung besorgte).

Angesichts dieser außerordentlich weitreichenden Kompetenzen ist es entscheidend, wie seine Zusammenstellung erfolgt. § 3 des Gesetzes bestimmt, daß er aus 25 Mitgliedern bestehen soll, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Davon werden je 5 Mitglieder vom Reichstag und Reichsrat vorgeschlagen, 1 Mitglied vom Reichsminister der Finanzen. Die restlichen 14 werden vom Reichspostminister vorgeschlagen, von denen wiederum 5 aus Beamten der Deutschen Reichspost, während die übrigen 9 im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen aus besonders sachkundigen Kreisen der Wirtschaft und des Verkehrs ausgewählt werden sollen. Es bedarf hier schon des eingehendsten Protestes dagegen, daß die eigentliche Betriebsverwaltung ausschließlich aus dem Beamten der Reichspost ausgewählt werden soll. Der Geist der Zeit, der sich überall im Lande in einer unverhohlenen Verhöhnung der Ansprüche und Rechte der Arbeiter kundtut, kommt auch hier kräftig zum Ausdruck.

Es ist ohne Belang, daß alle Mitglieder bis auf die vom Reichstag ernannten nach 3 Jahren aus dem Verwaltungsrat ausscheiden. Denn offensichtlich wird, selbst im günstigsten Falle, wenn die Mehrheit der 5 vom Reichstag bestimmten Mitglieder fortschrittlichen und antipati-

